Germanwings-Absturz

Hinterbliebene verklagen Flugschule

Der Rechtsstreit der Hinterbliebenen des Germanwings-Absturzes vom März 2015 gegen die Lufthansa geht in eine neue Runde. Mehr als hundert Angehörige haben Klage gegen die US-amerikanische Flugschule der Airline beim Landgericht in Essen eingereicht. Sie verlangen Schmerzensgeld für den Tod ihrer Familienmitglieder in Höhe von jeweils 55 000 Euro. Der Co-Pilot Andreas Lubitz hatte den Airbus offenbar in Selbstmordabsicht gegen einen Berg in den französischen Alpen gesteuert. Seine Ausbildung bei der im US-Bundesstaat Arizona gelegenen Flugschule konnte er wegen schwerer Depression nur mit einer Sondergenehmigung beenden. Hätte die Flugschule diese Umstände der Lufthansa mitgeteilt, so wäre Lubitz „mit hoher Wahrscheinlichkeit kein Verkehrspilot geworden und hätte die mörderische Tat nicht begehen können“, heißt es in der Klageschrift des Berliner Luftfahrtexperten Elmar Giemulla. Der Anwalt hatte 2016 schon in Arizona Klage gegen die Flugschule eingereicht. Dort wurde sie zurückgewiesen mit dem Hinweis, sich an ein deutsches Gericht zu wenden. Erst wenn die Essener Richter das Rechtsbegehren ablehnen, wollen sich die US-Kollegen der Klage annehmen. Das Verfahren dürfte sich demnach über Jahre hinziehen. gt

Zeitgeschichte

Späte Rache

Auf der Abschussliste des israelischen Geheimdienstes Mossad standen bis in die Achtzigerjahre Holocaust-Täter, die pikanterweise zugleich einstige Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes (BND) gewesen waren. Konkret ging es um Klaus Barbie (Ex-Gestapo-Chef von Lyon), Walther Rauff (Erfinder des Gaswagens) und Franz Rademacher (einst „Judenreferent“ des Auswärtigen Amtes). Die drei Mörder waren in den Sechzigerjahren V-Leute des BND. Ihre Namen finden sich auf kürzlich vom Mossad freigegebenen Listen mit gut einem Dutzend NS-Verbrechern, deren Tötung oder Entführung der Geheimdienst zwischen 1963 und 1991 plante. Allerdings wusste der Mossad offenbar nichts von den BND-Verbindungen der drei Deutschen. Auch recherchierten die Israelis schlecht: Rademacher war bereits tot, als er 1977 auf die Liste kam. Bei Rauff und Barbie verhinderten hingegen die Umstände einen Erfolg: 1980 scheiterte ein Attentat auf Rauff, der in Chile lebte, weil er das Haus nicht verließ und schließlich eine Bekannte das Killerteam bemerkte. Er starb 1984 in Freiheit. Barbie wurde 1983 in Bolivien verhaftet, kurz bevor der Mossad losschlagen wollte. Er wurde nach Frankreich ausgeliefert und starb 1991 im Gefängnis in Lyon. Insgesamt tötete der Mossad den Dokumenten zufolge einen einzigen NS-Verbrecher: 1965 erschossen Agenten den Letten Herberts Cukurs, bekannt als „Schlächter von Riga“, in Uruguay. klw

SIPA PRESS

Barbie 1987 in Lyon

Terrorabwehr

Polizei machtlos gegen Kriegswaffen

Die Bundespolizei ist immer noch nicht dafür ausgerüstet, mit Sturmgewehren verübte Anschläge abzuwehren. Der Kriegswaffe AK-47 sowie ihren Varianten, die etwa Terroristen in Paris benutzten, hätten hiesige Beamte wenig entgegenzusetzen, bemängelt die Gewerkschaft der Polizei (GdP). Kostspielige Pläne der Bundespolizei, die Maschinenpistole MP5 von Heckler & Koch zu überarbeiten, hält die GdP für sinnlos, da die Feuerkraft dadurch nicht verbessert würde. Die MP5 habe eine Einsatzschussweite von 100 Metern, die AK-47 dagegen von 300 Metern. Polizisten könnten sich also Attentätern nicht einmal auf Schussweite nähern. Darüber hinaus fehle es auch an Schutzhelmen und -brillen. „Sturmgewehre und Schutzausrüstungen gehören auf jeden Streifenwagen“, sagt GdP-Vorstand Jörg Radek. Nur wenige Bundesländer haben auf die terroristische Bedrohung bereits reagiert: Schleswig-Holstein etwa will seine Polizei mit dem Sturmgewehr G36 ausstatten, der Standardwaffe der Bundeswehr. aul

ABACA

„Charlie Hebdo“-Attentäter 2015

Bundesregierung

Dienstlimousinen mit Geschmäckle

Deutsche Autokonzerne gewähren den Ministerien beim Leasing ihrer Dienstlimousinen auffallend günstige Konditionen. Im Vergleich zu Angeboten für Normalkunden sind die Leasingraten oft nur halb so hoch. Für einen S-Klasse-Mercedes zahlt etwa das Bundesumweltministerium 367,20 Euro pro Monat, den BMW-Geländewagen X5 gibt es schon für 299,04 Euro – inklusive Mehrwertsteuer. So steht es in einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen. Nur vier Ministerien legten ihre Tarife offen; die übrigen machten „Geschäftsgeheimnisse zwischen Leasinggeber und Leasingnehmer“ geltend, über die „Vertraulichkeit“ vereinbart worden sei. Oliver Krischer, Bundestagsabgeordneter der Grünen, kritisiert die Praxis: „Das ist eine Form der Produktplatzierung, die dringend hinterfragt werden sollte.“ Besonders günstig fährt das Gesundheitsministerium: Es zahlt 253,16 Euro für einen 7er-BMW – üblich sind Raten von mehr als 800 Euro pro Monat. gt

Dienstwagen des Familienministeriums